

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.links-worte-mittelsachsen.de
oder auf der Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

12. DEZEMBER 2017

Nr. 124

11. JAHRGANG



*Frohe Weihnachten
und ein gesundes
neues Jahr!*

Das Jahr 2017 neigt sich seinem Ende entgegen, bald wird es Weihnachten. Das Jahr 2018 steht bereits in den Startlöchern. Die lustigen Schneemänner der Drechslerei Volkmar Wagner aus dem Hainichener Ortsteil Riechberg läuten sinnbildlich den Jahreswechsel ein. Unsere Zeitung startet in ihren 12. Jahrgang und feiert im Januar mit der 125. Ausgabe ein kleines Jubiläum. Wir blicken in dieser Ausgabe auf die politischen Schwerpunkte 2018.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. debattiert:

DIE LINKE IM HEFTIGEN
MEINUNGSSTREIT

2. informiert:

LINKSFRAKTION ÜBER DIE ARBEIT IM
AUSSCHUSS FÜR UMWELT UND TECHNIK

3. analysiert:

STRUKTURELLE SCHWERPUNKTE IM ZUKUNFTS-
PLAN DER MITTELSÄCHSISCHEN LINKEN

2 editorial & standpunkt
 3 kolumne & bericht in wort und bild zum vorlesetag mit jana pinka
 4/5 **titelthema 1:** die linke und die streitkultur in sachfragen
 6/7 **titelthema 2:** ergebnisse aus dem kreistags-ausschuss für umwelt und technik
 8 **titelthema 3:** strukturelle schwerpunkte des zukunftsplanes der mittelsächsischen linken
 9 chronik: vor zehn jahren linksworte vom dezember 2007
 10/11 serie zur politischen bildung: beitrag -29- thema: die „neue rechte“
 11 kreisvorstand aktuell & glückwünsche
 12 termine & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

schon wieder ist ein Jahr fast vollendet. Es hat uns im Ergebnis der Bundestagswahlen in eine politische Misere geführt, wie sie die Bundesrepublik in dieser Form noch nicht erlebt hat. Wir haben es für eine noch nicht vorhersehbare Zeitspanne mit einer geschäftsführenden Bundesregierung zu tun. Völlig unklar ist, wie es politisch weitergeht. Eins aber ist klar: DIE LINKE ist und bleibt in der Opposition - gegen eine „Große Koalition“, gegen Jamaika, gegen eine Minderheitsregierung oder was auch immer. Wir müssen uns als LINKE im kommenden Jahr auf die aktuelle Situation einstellen. Dazu haben die beiden Parteivorsitzenden KATJA KIPPING und BERND RIEKINGER auf einer Pressekonferenz am 4. Dezember einen „linken Fahrplan 2018“ erläutert. KATJA KIPPING hat sich in einem Gastbeitrag für das „neue deutschland“ am gleichen Tag zu den aktuellen Streitfragen in der LINKEN geäußert. Siehe dazu auch unser Titelthema -1-. Im Titelthema -3- widmen wir uns dem „linken Fahrplan 2018 für Mittelsachsen“. Dafür hat - wie bereits mehrfach in unserer Zeitung informiert - die Kreisvorsitzende MARIKA TÄNDLER-WALENTA mit ihrem Diskussionspapier, einem Zukunftsplan des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN, eine wichtige Grundlage geschaffen, sowohl was die politischen Schwerpunkte, als auch die strukturellen Probleme des Kreisverbandes betrifft.

Der mittelsächsische Kreistag biegt im kommenden Jahr in die Zielgerade der gegenwärtigen Legislatur ein. Denn wahrscheinlich wird im Frühjahr 2019 ein neuer Kreistag gewählt. Durch den zeitigen Erscheinungstermin im Dezember ist es uns leider nicht möglich, in dieser Ausgabe über die Sitzung des Kreistages vom 13. Dezember zu berichten. Das werden wir im Januar natürlich ausführlich nachholen. Für diese Ausgabe informieren wir über Ergebnisse der Beratung des Ausschusses für Umwelt und Technik.

Mit dem heutigen Beitrag schließen wir unsere kleine Chronik-Serie über die Bildung des neuen Regional- (später Kreis-)verbandes der LINKEN in Mittelsachsen vor zehn Jahren ab. Diesmal geht es um die Dezember-Ausgabe der Döbelner, Freiburger, Mittweidaer Ausgabe der LinksWorte mit ihrem Blick auf die Wahlen zum neuen Kreistag im Juni 2008. Im Mai werden wir unseren „Chronikfaden“ wieder aufnehmen und diesen bis zur Bildung der neuen Landkreise am 1. August 2008 verfolgen.

Unser heutiger Beitrag der Serie zur politischen Bildung und Information beschäftigt sich mit der „Neuen Rechten“ mit deren Suche nach Querverbindungen in das konservative Spektrum und ihrem Bestreben, die völkische Ideologie in Deutschland zu reaktivieren. Gerade im Weihnachtmonat Dezember wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre.

heraus aus den „erzählungen vom machtkampf“

VON HANS WEISKE

Seit den Bundestagswahlen befindet sich unser Land in einer Art Schockstarre. MICHAEL MATTHES hat die gegenwärtige Situation in seiner nebenstehenden Kolumne trefflich charakterisiert. Nach Lage der Dinge (ich schreibe diesen „Standpunkt“ am 5. Dezember) könnte am Ende eines qualvoll langen Interregnums eine neue Regierung von CDU/CSU und SPD stehen, welche die Bezeichnung „Große Koalition zweier Volksparteien“ eigentlich nicht verdient.

Und DIE LINKE? Gestern wurde ein Gastbeitrag von KATJA KIPPING für das „neue deutschland“ publik, (von uns auf Seite -4- im Wortlaut veröffentlicht), den ich als einen Aufruf an DIE LINKE verstehe. Als einen Aufruf, die andauernden unsäglichen öffentlichen Auseinandersetzungen im Führungszirkel unserer Partei endlich zu beenden, die mit der Demission des Bundesgeschäftsführers und Bundeswahlleiters MATTHIAS HÖHN einen neuen traurigen Höhepunkt fanden. Einem redaktionellen Artikel im gestrigen „neuen deutschland“ ist zu entnehmen, dass KATJA KIPPING, BERND RIEKINGER, SARAH WAGENKNECHT und DIETMAR BARTSCH am vergangenen Wochenende durch den neuen kommissarischen Bundesgeschäftsführer HARALD WOLF zum „Versöhnungsgespräch“ geladen waren.

KATJA KIPPING schreibt in ihrem Beitrag, dass es gerade jetzt an der Zeit sei, das Hickhack in der fast schon verzweifelten Suche nach einer neuen Bundesregierung für eine politische Offensive der LINKEN auszunutzen. Hierfür soll nach ihrer Ansicht der Streit in der Partei endlich hinter sich gelassen werden. Es gelte, künftig sachlich zu debattieren, statt die „Erzählungen vom Machtkampf in der LINKEN“ zu bedienen. Die Partei müsse ihre „Konflikte bearbeiten“ und das „Verbindende mehr in den Mittelpunkt stellen als das Trennende“. Es ist zu hoffen, dass KATJA KIPPING die in ihren Beitrag vertretenen Positionen vor allem zur Flüchtlingsfrage genau im Sinne der „Konfliktbearbeitung“ formuliert hat. Denn der Streit um die Haltung der LINKEN zu Migration und Flüchtlingen sitzt tief. So sollen auf der jüngsten Sitzung des Parteivorstandes im Zusammenhang mit der Debatte über den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes alte Unvereinbarkeiten wieder aufgebrochen sein. Auch die mediale Auseinandersetzung um die Haltung gegenüber der Preisverleihung an einen Prominenten der „Querfront“-Szene bietet Futter für neue „Erzählungen vom Machtkampf bei der LINKEN“?

Ich hoffe, nicht. Es gibt so viele andere Politikfelder, welche DIE LINKE besetzen und wo die von KATJA KIPPING geforderte „Offensive“ ansetzen muss. Ich denke dabei vor allem an Frieden, gute Arbeit für alle, Umverteilen von oben nach unten, Gesundheit, Armut bekämpfen und eine Rente zum Leben für alle.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Das Volk hat gewählt. Am Heiligen Abend wird es drei Monate her sein. Aber außer der Tatsache, dass siebzig zusätzliche „Volksvertreter“ Steuergelder des Volkes empfangen, ist nichts passiert. Eine Regierung, die das Migrationschaos, Fehlleistungen wie den Berliner Flughafen und die Energiewende – die Liste ließe sich verlängern – zu verantworten hat, führt die „Geschäfte“ vielleicht bis zur nächsten Wahl fort. Man wünscht sich, Deutschland könnte die Aufgabe an jemand Geeigneten delegieren, out-sourcen wie man heute sagt.

Zugegeben – der Galgenhumor bleibt einem im Halse stecken, weil dieses unselige Treiben weiter geht. Wie soll die Arzthelferin, der Busfahrer oder der Handwerksmeister noch verstehen, dass Migranten, die, wie auch immer, nicht nach den Regeln ins Land gekommen sind, mit Geld des Volkes in beachtlicher Höhe dazu gebracht werden sollen, unser Land zu verlassen, was ihre verdammte Pflicht ist, wenn sie als Asylbewerber abgelehnt wurden. So denken und werten die Leute. Das ist die Realität. Und es ist nicht der Arzthelferin, dem Busfahrer und dem Handwerksmeister anzulasten, wenn sie für diese Vorgänge kein Verständnis aufbringen. Bei Führungslosigkeit zerfällt jede Gesellschaft.

Wir haben in diesem Land genug „Verantwortungsträger“. Doch man muss annehmen, einige sind geisteskrank. Denn wenn man ihnen das nicht unterstellte, wären sie kriminelle Menschenfeinde. Da ist der Herr Seehofer – eine Schande, dass er sich Christ nennen darf. Da fordert doch dieser Mann in der Weihnachtszeit, den Familiennachzug zu unterbinden. Ehefrauen haben keine Chance, ihren Mann an der Seite zu haben. Kinder werden von den Eltern getrennt. Man kann alles machen, um Probleme zu lösen – nur das nicht. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das gilt nun wirklich nicht nur für deutsche Staatsbürger.

Doch hinter alldem steckt etwas Anderes. Wir ahnen es doch alle, liebe Leserinnen und Leser. Unserem Volk wird die Zukunft genommen. Es wäre an der Zeit für Veränderungen zu sorgen. Mein Berufskollege Albert Einstein (Ein wenig Anmaßung darf sein.) formulierte es so: „Man kann Probleme nicht auf die gleiche Weise zu lösen versuchen, wie sie entstanden sind.“ Will sagen: Unser Land funktioniert nach einem Grundgesetz, dass zu Zeiten des Herrn Adenauer niedergeschrieben wurde und demzufolge den Geist dieser Ära widerspiegelt. Dieses wurde dem Osten übergestülpt, als er zu Boden ging. Aber auch damals hatte das demokratische Verständnis der Gewaltenteilung schon mehr als einhundertfünfzig Jahre auf dem Buckel. Es ist an der Zeit, eine neue Verfassung für unser Land und für Europa zu schreiben. Eine Verfassung des gesellschaftlichen Fortschritts. So schreibt es eben jenes Grundgesetz der Adenauerzeit vor. (mm)

schöne tradition: JANA PINKA zum achten mal bei vorlesetag dabei

von KERSTIN UFER

Bereits zum 14. Mal fand am 17. November der bundesweite Vorlesetag auch in Kinder-einrichtungen Sachsens statt. Er gilt als das größte Vorlesefest unseres Landes und wird von DIE ZEIT sowie den Stiftungen Lesen und Deutsche Bahn initiiert. Aus terminlichen Gründen leider

len der Bücher selbst bestimmen, wie die Geschichte weitergehen soll, ohne zu wissen, ob diese Entscheidung das vorzeitige Ende des Abenteuers oder dessen Fortgang mit oder ohne Happyend bewirkt. Jana Pinka: „Eines meiner Ziele ist es dabei, die Kinder an demokratische Mehrheitsentscheidungen heranzuführen. Zum anderen freue ich mich immer wieder, wie sie sich in die Geschichten hineinversetzen, wie sie mit den Helden



Bereits zum 8. Mal beteiligte sich JANA PINKA am bundesweiten Vorlesetag. Und es macht immer wieder sichtlich Spaß. Den Fortgang und Ausgang der spannenden Abenteuer konnten die Zuhörerinnen und Zuhörer selbst bestimmen. Dafür war Konzentration und Phantasie gefragt. Zunächst wurde eine demokratische Mehrheitsentscheidung über die Auswahl der Vorleselektüre herbeigeführt und dann über den weiteren Verlauf der Geschichte abgestimmt.

etwas verspätet, besuchte MdL Dr. Jana Pinka – auch traditionell – die beiden 6. Klassen der Gottfried-Pabst-von-Ochain-Oberschule im Freiburger Stadtteil Friedeburg. Und bereits seit mehreren Jahren begeisterten sich die Schülerinnen und Schüler für den von ihr mitgebrachten spannenden Lesestoff. Es handelt es sich um zwei Geschichten aus der Reihe „1000 Gefahren“ von Raymond Almiran Montgomery. Dabei können die Kinder an den entscheidenden Stellen

mitfiebern und sich begeistern können – auch wenn die meisten von ihnen bereits 12 Jahre alt sind. Gerade im Zeitalter des Internets ist es wichtig, die Heranwachsenden frühzeitig mit der Literatur zwischen zwei Buchdeckeln in Kontakt kommen zu lassen. Vorlesen ist dabei eine besonders geeignete Methode, zumal man dann noch mit ihnen über das gemeinsam Gelesene sprechen und diskutieren kann.“

Fotos: INES DÖRING

die linke zwischen machtkampf, sachlichen auseinandersetzungen in streitfragen

und einem „linken fahrplan 2018“

erstes europäisches forum der progressiven kräfte in marseille

Am 4. Dezember haben die beiden Parteivorsitzenden **KATJA KIPPING** und **BERND RIEXINGER** auf der wöchentlichen Pressekonferenz im Karl-Liebknecht-Haus die Schwerpunkte eines Aktionsplanes „Partei in Bewegung - Linker Fahrplan 2018“ vorgestellt. Am gleichen Tag warb **KATJA KIPPING** in einem Gastbeitrag für das „neue deutschland“ dafür, endlich in den Kernthemen zu einer sachlichen Debatte innerhalb der LINKEN zurückzufinden. Der Grundtenor: DIE LINKE muss den gegenwärtigen Stillstand in einer absehbaren Regierungsbildung von CDU/CSU und SPD für eine politische Offensive nutzen. Wir dokumentieren im folgenden den Beitrag von **KATJA KIPPING**, einen Beitrag von **ANTJE FEIKS** und **THOMAS DUDZAK** zur Neuwahldebatte und aktuelle Informationen zur Auseinandersetzung mit der AfD.

DIE LINKE muss kontroversen in der sache bearbeiten plädoyer für eine politische auseinandersetzung in den streitfragen

Gastbeitrag von **KATJA KIPPING** für das „neue deutschland“

Mit dem Scheitern der Schwarzen Ampel ist offensichtlich geworden, dass keine der zwei alten Volksparteien ohne die andere eine Mehrheitskoalition bilden kann. Wir erleben also eine offene Situation, der wir uns voll Zuversicht stellen können. Voll Zuversicht auch deshalb, weil unsere Partei das Potential hat, viel größer zu werden und über sich hinauszuwachsen – zu einer linken Friedens- und Gerechtigkeitspartei für alle. Zur ersten Adresse für Abgehängte, Beschäftigte, Kapitalismuskritiker*innen, Weltoffene, linke Sozialdemokrat*innen wie linke Grüne. **Dazu müssen wir jedoch unsere Art, Konflikte zu bearbeiten, verändern.**

In Zeiten von marktförmig verschlankten Redaktionen verkauft sich jeder Konflikt leichter als Machtkampf denn als inhaltliche Kontroverse. Insofern halten Medien nach solchen Erzählungen Ausschau. Wir aber sollten diesen medialen Theaterdonner nicht bedienen. Ich plädiere vielmehr dafür, dass wir die Kontroversen in der Sache aufmachen, anstatt die Erzählung vom Machtkampf zu bedienen. Die aktuellen Kontroversen unter uns sind schließlich auch Ausdruck eines Ringens. Wir zerran aneinander, weil wir uns gegenseitig von der richtigen Richtung überzeugen wollen. Ich meine, dass wir es nur zusammen können. **Im Wesentlichen geht es um folgenden vier Fragen in der Sache:**

- Wie umgehen mit den Rechten?
- die Flüchtlingsfrage,
- die Frage nach dem Charakter der Partei,
- die Milieufrage.

Wenn wir das Verbindende mehr in den Mittelpunkt stellen als das Trennende, dann kann uns die Bearbeitung dieser Fragen in der Sache voran bringen. In diesem Sinne stelle ich im Folgenden meine Position zu diesen Fragen dar.

Zur AfD-Frage: Klare Kante gegen rechts, ohne dem liberalen Fahnenappell zu folgen

Unter keinen Umständen dürfen wir die Gefährlichkeit der rechten Hetzer bagatellisieren. Hier gilt es klare Kante zu zeigen. Zugleich sollten wir jedem wohlfeilen Appell widerstehen, wonach wir alle uns im Namen des Liberalismus gegen die Rechte zu vereinen haben. Nein, so einfach darf sich die LINKE nicht in die liberale Konsensdemokratie eingliedern lassen. Vielmehr sollten wir jene stellen, die die grenzenlose Freiheit der Ausbeutung und ungezügelter Reichumsvermehrung befördern.

Zur Flüchtlingsfrage: Konkretisieren ja, Korrigieren nein

Diese Frage möchte ich sowohl normativ als auch wahltaktisch bearbeiten. Normativ gilt: Alle Menschen haben Rechte, unabhängig von ihrer Herkunft. Schon deshalb sollte eine LINKE immer deutlich machen, die Grenze verläuft nicht zwischen Nationen sondern zwischen Klassen – beziehungsweise zwischen oben und unten. **Zum gesellschaftlichen Kräfteverhältnis:** Die LINKE ist im Parteienspektrum die letzte verbliebene Bastion der Flüchtlingsolidarität. Wenn wir hier unsere Position korrigieren, wird dies nachhaltig die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Flüchtlingsolidarität verschieben.

Zum Wahltaktischen: Sobald als zentrale Konfliktdimension »Deutsche versus Nicht-Deutsche« aufgerufen ist, verlieren wir bei den Unentschiedenen. Fürs Gewinnen der Unentschiedenen gilt es vielmehr die sozialen Konfliktdimensionen zu stärken: Als Mieter gegen Miet-Haie, als Beschäftigte gegen Befristungen oder als Erwerbslose gemeinsam gegen Hartz-IV-Sanktionen. Eine Korrektur unserer Flüchtlingspolitik würde nur weiter die Konfliktlinie »Deutsche versus Nicht-Deutsche« stärken und uns wahltaktisch nicht helfen. Sicherlich, im Einzelnen, zum Beispiel bei der Frage, wie wir die Vision Bewegungsfreiheit für alle angesichts des globalen kapitalistischen Ausbeutungsgefälles umsetzen können, können wir in demokratischen Prozessen Positionen konkretisieren.

Wir müssen uns auch deshalb nicht korrigieren, weil wir als einzige von Anfang an die Flüchtlingsolidarität eng verbunden haben mit dem Bekämpfen von Fluchtursachen und dem Einsatz für eine soziale Offensive für alle. Wir haben als einzige von Anfang an deutlich gemacht, dass die Herausforderungen der Flüchtlingsolidarität von den Superreichen zu finanzieren und nicht von den Armen wegzutragen sind.

Ja, in der Flüchtlingsfrage gilt es, sich dem aktuellen, rechten Zeitgeist entgegenzustellen. Zu Hochzeiten des Neoliberalismus taten wir das auch. Das war nicht immer einfach. Letztlich hat unsere Standhaftigkeit dazu beigetragen, dass der Neoliberalismus in die Krise kam. Damals waren fast alle für Privatisierungen, heute hat es diese Position deutlich schwerer. Also lassen wir uns vom heutigen Zeitgeist nicht einschüchtern.

Zum Charakter der Partei: Für eine demokratische LINKE

Oskar Lafontaine hat nun die Idee einer neuen »Sammlungsbewegung« nach dem französischen Vorbild von Jean-Luc Mélenchon in die Debatte gebracht. Ich meine, dass eine linke Sammlungsbewegung in Deutschland bereits besteht: die LINKE. Nicht zuletzt bei der Zukunftswoche ging es vor zwei Jahren und wird es im September 2018 auch darum gehen, was wir von Podemos und der Momentums-Bewegung um Corbyn lernen können. Doch sprechen wir darüber, was das Modell Mélenchon bedeutet. Es ist eine auf eine Person zugeschnittene Wahlformation. Solche Formationen haben gerade Konjunktur: Denken wir nur an Macron in Frankreich oder an die LISTE Kurz in Österreich. Die Kehrseite von Mélenchons Erfolg ist, dass diese Bewegung von seiner Positionsfindung abhängig ist. Wer eine andere Meinung hat, für den gibt es kaum Möglichkeiten für Widerspruch oder dafür, eine andere Meinung mehrheitsfähig zu machen. Zudem droht der politische Ansatz von Mélenchon die Menschen nicht zu ermächtigen, sondern er spricht lediglich in ihrem Namen.

Gerade linke, emanzipatorische Parteien sollten als aktive Mitgliederparteien organisiert sein, in denen in demokratischen Verfahren um gemeinsame Positionen gerungen wird.

Zur Milieufrage: Gemeinsame Interessen betonen

Die Politik der Herrschenden basiert darauf, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen: Prekäre gegen Kernbelegschaft, Erwerbslose gegen illegalisierte Migrant*innen usw. Aufgabe einer linken Kraft ist es, diesem Mechanismus entgegen zu wirken und vielmehr die gemeinsamen ökonomischen Interessen zu betonen.

Unsere Wahlstrategie sah vor, dass wir die verschiedenen Milieus ansprechen. Dementsprechend war auch unsere Praxis im Wahlkampf. Für mich hieß das z.B. früh vors JobCenter, abends vors Kino und tagsüber zu Gewerkschaftsaktionen oder in die Wohnviertel, wo ich bei Haustürbesuchen auch in Hausflure kam, in denen einen die Perspektivlosigkeit anspricht. Nun wird der Partei vorgeworfen, sie habe allein die Hipster angesprochen. Unsere Strategie wie Praxis widerlegen dies.



zur neuwahldebatte

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grüne sind mit dem Ausstieg der FDP am gestrigen Abend gescheitert. Seitdem ist viel von Neuwahlen die Rede. Deshalb wollen wir uns mit diesem Schreiben an euch wenden, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement es erst vor wenigen Wochen ermöglicht haben, dass DIE LINKE in Sachsen flächendeckend Präsenz zur Bundestagswahl gezeigt hat.

Die Ära Merkel scheint sich dem Ende entgegen zu neigen. Die FDP ist gestern in die Sondierung gegangen mit dem klaren Ziel, auszusteigen. Das Statement dazu lag fertig in der Tasche. Jenseits davon, wäre jeder Kompromiss dieser drei Parteien einzig und allein dafür geeignet gewesen, soziale Spaltung weiter zu verschärfen, die Entdemokratisierung weiter voranzutreiben und letztlich damit weiter an Frustration und Entsolidarisierung zu ‚arbeiten‘.

Es ist aus unserer Sicht zu früh, zu schauen, ob Schal und Handschuh noch intakt sind, um sich auf den Winterwahlkampf einzustellen. Niemand kann aktuell mit Sicherheit

sagen, ob und wann es zu Neuwahlen kommen wird. Fakt ist: Der Bundestag ist nicht einfach aufzulösen. Das Wahlverfahren ist nach Artikel 63 GG klar geregelt und der Bundespräsident hat in seinem Statement vor der Hauptstadt-Presse klar gemacht, dass sein Ziel darin besteht, Neuwahlen zu verhindern. Schon deshalb wird er dem Bundestag nicht kurzfristig eine/einen KandidatIn zur Wahl vorschlagen. Allen Forderungen nach Neuwahlen zum Trotz.

Wir sind als Partei nicht Herrin des Verfahrens. Wir müssen uns aber auf alles einstellen und wir sind als Partei auch auf Neuwahlen vorbereitet. Wir sind die einzige Partei, die ihre Wahlkämpfe flächendeckend ehrenamtlich bestreitet und auf die Kraft ihrer Mitglieder und SympathisantInnen setzen kann. Egal, was passiert: Zeigen wir jetzt Stärke und Geschlossenheit und gehen die kommenden Herausforderungen gemeinsam an.

ANTJE FEIKS
Landesvorsitzende

THOMAS DUDZAK
Landesgeschäftsführer

„Unser Programm für Mittelsachsen“ – es wurde im Vorfeld der Kreis-tagswahlen am 25. Mai 2014 von einer Arbeitsgruppe erarbeitet und lag allen Exemplaren der Februar-Ausgabe 2014 der „LinksWorte“ bei. Aktualisiert kann es zusammen mit dem Diskussionspapier von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (siehe dazu auch auf Seite -8-) zum Aktionsplan des Kreisverbandes in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 werden.



Gerade aus Sicht des jüngsten Parteitages der AfD, auf welchem die Partei weiter nach rechts gerückt ist und sich weiter radikalisiert hat, ist die Neuauflage der Broschüre „Stoppt die AfD“ von großer Bedeutung. Diese im Mai erstmals erschienene Broschüre wurde jetzt neu aufgelegt. Die Broschüre zeigt, woher die AfD kommt und wer sie heute ist. Sie liefert Zahlen, Daten und Fakten, die die rassistische Hetze gegen Geflüchtete, Muslime und andere entlarven. Die Broschüre kann direkt über die Startseite des Internet-Auftritts der LINKEN als PDF heruntergeladen werden.

Am 10. und 11. November 2017 nahm die Europäische Linke am ersten alternativen europäischen Forum in Marseille teil, einem Forum der progressiven Kräfte in Europa, um einen neuen Raum für die langfristige politische Zusammenarbeit, um ein breites Bündnis an linken, grünen und progressiven Parteien, Plattformen und politischen Bewegungen, Gewerkschaften und soziale Organisationen, NGOs, Intellektuellen und Bewegungen aus ganz Europa zu schaffen. In Marseille haben sich ganz verschiedene Menschen aus den unterschiedlichsten Organisationen getroffen und diskutiert, wie wir Europa verändern, reformieren, aber auch retten können. Die Abschlusserklärung weist uns den Weg zu einem zweiten Forum, denn wir haben die Chance, Europa sozial und solidarisch zu gestalten.

In der Diversität der progressiven Kräfte in Europa liegt gleichzeitig die Stärke des Marseille-Forums, um auch weiterhin Aktionslinien zu ermöglichen, mit denen wir auf anstehenden Herausforderungen in Europa reagieren können. Einigkeit herrschte vor allem darüber, dass wir gemeinsam der Herausforderung stellen wollen, einen strategischen Vorschlag zu entwerfen, um ein alternatives Modell der europäischen Integration zu entwickeln: ein horizontales, egalitäres, sozial fortschrittliches Modell, das solidarisch mit den Völkern aus anderen Teilen der Welt ist; eines das eine neue und gerechtere internationale Ordnung fördert und dem es gelingt, die gegenwärtigen Versuche der Schaffung eines ultra-liberalen, autoritären Europas, das jeglicher Solidarität entbehrt und stattdessen Züge von Fremdenfeindlichkeit aufweist, zu stoppen. Es wurde sich auch darüber ver-



Teilnehmer der Linken am Marseiller Forum der progressiven Kräfte. Unter ihnen neben **GREGOR GYSI**, Präsident der Europäischen Linken (Bildmitte) auch unsere Autorin **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (zweite von links)

Ich konnte neben **GREGOR GYSI**, **JUDITH BENDA**, **HEINZ BIERBAUM**, **CLAUDIA HAYDT**, **MARTIN SCHIRDEWAN**, **JANIS WALTER** und **GABI ZIMMER** neben verschiedenen Vertretern der Partei DIE LINKE und der Jugendorganisationen am Forum teilnehmen.

Es waren nicht weniger als dreißig Länder durch verschiedenste Parteien, Gewerkschaften, Verbände oder Bewegungen vertreten, die sich mit der Frage der Zusammenführung linken Kräfte in Europa befassten. Aus Deutschland nahmen u.a. Vertreter*innen von verdi, Bockupy und Roter Baum teil. Ein erster Schritt bestand in der Eröffnung einer breiten Debatte über spezifische Themen wie Friedensfragen, Arbeitsrechte und nachhaltige Entwicklung in Europa, die möglichst in ersten progressiven Lösungsansätze münden. Neben einem großen Plenarsaal gab es auch Workshops zum Thema Brexit, Allgemeingüter und Freihandelsabkommen. Am ersten Abend kam es zudem zu einer Aktion am Hafen von Marseille mit dem Ziel Solidarität mit Migrant*innen zu zeigen, als auch der Samstag-Abend wurde unter dem Motto ‚Die Welt

ständigst einen ständigen Raum der Zusammenkunft auf europäischer Ebene zu schaffen, weil Alternativen zu den neoliberalen und konservativen Regierungen notwendig sind, um den Weg zu größeren progressiven Mehrheiten zu öffnen. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung wurde sich dementsprechend dafür ausgesprochen, 2018 ein zweites europäisches Forum der linken, grünen und progressiven Kräfte in Europa zu organisieren. Das Ziel des nächsten Forums ist dabei, die Arbeit weiterzuführen, die wir dieses Jahr angestoßen haben, diese zu vertiefen und die Beteiligung auszuweiten.

„Wenn wir die Differenzen, die uns trennen, nicht überwinden können, wird das unsoziale und der Rechtsextremismus wieder gedeihen. Wir haben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten und eine Verantwortung, der wir gerecht werden müssen.“ (GREGOR GYSI, Präsident der Europäischen Linken)

Weitere Informationen: www.marseilles-europeanforum.com

die fraktion der linken im mittelsächsischen kreistag berichtet aus der beratung des ausschusses für umwelt und technik

von SABINE LAUTERBACH

anpassung des fuhrparkes des rettungsdienstes mit der notfallrettung

Der Ausschuss für Umwelt und Technik ist unter anderem für die Vergaben im Rettungsdienstbereich zuständig. Der Rettungsdienst mit der Notfallrettung gehört zu den Pflichtaufgaben des Landkreises. Um den Fuhrpark der Notfallrettung sowie des Krankentransports zeitgemäß zu halten und auch allen anderen Anforderungen zu entsprechen, müssen Fahrzeuge ausgetauscht werden. Für das Jahr 2018 werden sechs Krankentransportwagen sowie sieben Rettungstransportwagen benötigt. Außer ein zusätzliches Fahrzeug für die Rettungswache Penig handelt es sich



bei allen anderen um Ersatzbeschaffungen. Der gesamte Auftragsumfang beläuft sich auf 2,2 Mio. EUR. Er wurde auf sechs Lose aufgeteilt. Durch den unterschiedlichen Umfang und damit die Höhe der kalkulierten Kosten mussten zwei Lose europaweit ausgeschrieben werden. (siehe dazu die nachfolgende Tabelle).

Die Kosten der Notfallrettung sowie des Krankentransports werden größtenteils von den Krankenkassen getragen. Der Landkreis erstellt hierfür eine Kalkulation. Die derzeit gültige Satzung wurde im Oktober 2015 beschlossen und ist seit 01.01.2016 gültig.

Pro Einsatz sind folgende Beträge festgesetzt:

- Krankentransportwagen (KTW): 92,50 Euro
- Rettungstransportwagen (RTW): 391,00 Euro
- Notarzteinsetzfahrzeug (NEF): 189,40 Euro

Ein weiterer Tagungsordnungspunkt zum Thema Rettungsdienst beschäftigte sich mit der Rettungswache in Roßwein. Die Region Döbeln, zu welcher auch Roßwein gehört wurde bisher durch den Rettungsdienstbereich Leipzig betreut. Ab Januar 2018 geht dieser Bereich in den Rettungsdienstbereich Chemnitz über. Somit gehört dann Mittelsachsen nur noch einem Rettungsdienstbereich an. Die bisherige Rettungswa-

che im Roßweiner Ortsteil Naußlitz entspricht nicht mehr den zeitgemäßen Anforderungen an eine Rettungswache. Deshalb wurde sich um eine Alternative bemüht.

Los-Nr.	Inhalt	Gesamtkosten	Kosten für ein Fahrzeug
1	1 Rettungstransportwagen	163.464 Euro	163.464 Euro
2	7 Rettungstransportwagen Kasten	966.052 Euro	138.007 Euro
3	1 Rettungstransportwagen Kasten Allrad	155.974 Euro	155.974 Euro
4	6 Krankentransportwagen	651.000 Euro	108.500 Euro
5	1 Krankentransportwagen Allrad	113.298 Euro	113.298 Euro
6	2 Notarztfahrzeuge	177.150 Euro	88.575 Euro
	Summe	2.226.940 Euro	

Tabelle 1: Neubeschaffungen von Kranken- und Rettungstransportwagen im Jahr 2018

Durch die Grundbesitz Döbeln GmbH wird in Roßwein am Standort Poststraße 2 ein bestehendes Objekt zu einem Ärztehaus um- und ausgebaut. Die Integration der Rettungswache in diesem Objekt bringt einige Vorteile. Der Neubau einer Fahrzeughalle ist vorgesehen. Das bisherige wie auch das neue Objekt wurde/wird durch den Landkreis angemietet. Da die entsprechenden Umbaumaßnahmen erst noch erfolgen müssen, ist ein Umzug erst für April 2019 realistisch. Bis dahin muss es im bisherigen Objekt noch gehen.

vergabe von reinigungsdienstleistungen für den landkreis mittelsachsen

Der Landkreis verfügt über eine Vielzahl von Immobilien, für die Reinigungsdienstleistungen von externen Dienstleistern erbracht werden. Dazu zählen unter anderem alle Verwaltungsstandorte sowie auch alle Förderschulen, Berufsschulen und Gymnasien. Die meisten Verträge wurden in den 90er Jahren abgeschlossen. Der



Landkreis ist wie jede andere Kommune auch verpflichtet, Leistungen im Wettbewerb zu vergeben. Nach und nach werden nun die Objekte neu ausgeschrieben. In dieser Ausschreibung geht es um die Objekte Verwaltungsstandort Mittweida (Los 1), das Berufsschulzentrum in Burgstädt (Los 2), das Fachschulzentrum Zug und die Förderschule „Clemens Winkler“ in Brand-Erbisdorf (Los 3) sowie die Fensterreinigung der genannten Objekte (Los 4). Die Lose 3 und 4 liegen unter der Wertgrenze der Vergabe durch den Ausschuss für Umwelt und Technik. Insgesamt haben sich 16 Bieter an der Ausschreibung beteiligt. Das ist eine relativ hohe Zahl. Prinzipiell muss gesagt werden, dass die Bezahlung im Reinigungsbereich eher mäßig ist. Mindestlohn ist 9,55 Euro je Stunde ab Januar 2018. In dieser Lohngruppe

befinden sich 90% der Beschäftigten. Zuschläge für Nacharbeit bzw. Wochenendarbeit werden die Ausnahme sein. Es gibt Dienstleister, die ihre Mitarbeiter nach „Objekt“ bezahlen, egal ob die Leistung in der vereinbarten Zeit realistisch ist. Das ist nur ein Weg um einen Tariflohn zu unterlaufen.

Als Nachteil der öffentlichen Ausschreibung ist zu sehen, dass immer der „Billigste“ die Ausschreibung gewinnt, aber billig sagt nichts über die Qualität aus. Jeder Bürger der durch Mitarbeit in Gremien mit dieser Thematik schon einmal involviert war, wird mir da Recht geben. Auf der einen Seite sind wir verpflichtet zur Ausschreibung, müssen das wirtschaftlichste Angebot nehmen und haben danach keinerlei Einfluss mehr auf die Umsetzung. Das ist jetzt ein grundsätzlicher Kritik-



punkt und ha nichts mit den Firmen zu tun, welche die Ausschreibung gewonnen haben.

Beim Los 1 lag die Wertungssumme zwischen 85.206 EUR bis 131.044 EUR. Preiswertester Anbieter war die Allgemeine Gebäudereinigung GmbH & Co KG Dresden. Beim Los 2 lag die Wertungssumme zwischen 83.720 EUR und 128.541 EUR. Preiswertester Anbieter war die Firma Fritz Lahn Gebäudeservice Halle/Saale.

überplanmäßige ausgaben für den öffentlichen personennahverkehr (öpnv) – ausgleichszahlungen 2017

Auf der Grundlage der von REGIOBUS Mittelsachsen GmbH zum Öffentlichen Dienstleistungsauftrag eingereichten Prognoseberechnung wurde die Ausgleichszahlung für das Jahr 2017 auf der Basis des Wirtschaftsplanes auf 8.783 TEUR festgesetzt. Unterjährig hat sich ein Zuschussbedarf entgegen der Prognose entwickelt. Der Mehrbedarf in Höhe von 247 TEUR begründet sich mit Mehraufwand für Material, Subunternehmerleistungen sowie Personal. Gleichzeitig erhielt REGIOBUS vom ZVMS einen Bescheid über den Ausgleich von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Ausbildungsverkehr mit einer Rückzahlungsforderung in Höhe von 225 TEUR für das Jahr 2016. Somit hat sich der Landkreisanteil für den Öffentlichen Personennahverkehr für das Jahr 2017 auf 9.255 TEUR erhöht.

(alle Bilder: Google-Bildarchiv)



die freiberger cdu stramm auf rechtsaußen

Rechtsanwalt JÖRG WOJDNIOK ist Amtsleiter im Freiburger Rathaus und Chef der CDU/RBV-Fraktion im mittelsächsischen Kreistag. HOLGER REUTER ist - ebenfalls im Freiburger Rathaus - Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bauwesen und Chef des Freiburger Stadtverbandes der CDU. Beide - so scheint es zumindest - spielen sich gegenwärtig die Bälle auf strammen Rechtsaußen-Positionen gegenseitig zu. Nachdem Reuter sich kürzlich für eine Annäherung an die AfD und neue Allianzen „rechts der Mitte“ stark machte und auf die „Freiberger Thesen“ der CDU verwies, in denen ein sofortiger Aufnahmestopp von Flüchtlingen gefordert wird, legte Woidniok jetzt nach und fordert, Geflüchtete nach Syrien abzuschieben. Wir dokumentieren im folgenden die Presseerklärungen der Kreisvorsitzenden der LINKEN, MARIKA TÄNDLER-WALENTA und der stellvertretenden Landesvorsitzenden JANA PINKA, mit denen sie schon am Tage des Erscheinens auf den Artikel „Asylsuchende: Kreistag-CDU macht Druck bei Rückkehr“ in der Freien Presse reagierten. Auszüge daraus und Wortmeldungen weiterer LINKER, wie KORNELIA METZING vom Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg sowie PETER KRAUSE UND DAVID RAUSCH aus der Kreistagsfraktion der LINKEN, wurden in mehreren Regionalausgaben der „Freien Presse“ veröffentlicht. (hw)

verantwortungsvoll und nicht verklärend

MARIKA TÄNDLER-WALENTA erklärt:

Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden sich nicht dadurch ändern, dass die hiesige CDU nun versucht, die AfD nachzuahmen. Kann das der richtige Weg sein? Wenn die Kreis-CDU von stabilisierenden Verhältnissen in Syrien spricht, frage ich mich ernsthaft, auf

wo Menschen gefoltert und verschleppt werden, wo Hunger und Not herrschen und medizinische sowie humanitäre Hilfe nicht ansatzweise ankommen. Er glaubt auch nicht an das Gelingen vernünftiger Integration in der ja so „hoch belasteten“ Stadt Freiberg. Damit tritt er die Menschen mit Füßen, denen genau diese Integration tagtäglich gelingt, weil sie wollen, dass sie gelingt. Und er tritt die Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Füßen, die diese Hilfe tagtäglich dankend annehmen, fleißig Deutsch lernen, Schu-



welcher Welt sie eigentlich leben. Dieser humanistische Offenbarungseid ist kein sinnvoller Vorschlag, sondern nur eine Verschiebung der Probleme. Solange es keine Idee zum Abbau von Fluchtursachen gibt, sind solche Äußerungen unredlich. Ein Beispiel ist

das sogenannte Wirtschaftsabkommen zwischen Afrika und der EU, wobei gegen zollfreien Marktzugang in Europa im Gegenzug 80 Prozent aller EU-Waren im Zollfrei in Afrika aufgenommen werden müssen. So bekämpft man doch keine Fluchtursachen, sondern schafft sie. Es bedarf einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Politik auf allen Ebenen, auch bei der CDU in Mittelsachsen.

auch der Verein Freiberg.Grenzenlos, der Arbeitskreis Ausländer und Asyl, das Netzwerk der Diakonie, Pädagogen der Freiburger Kindereinrichtungen, und Schulen, der Kinderschutzbund, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mehrgenerationenhauses, der Freiburger Tafel, Sportgemeinschaften, Hannelore Lohse in ihrem „Stehaufmännchen“, Hunderte Freiwillige, ehrenamtliche Helfer und vor allem die Asylsuchenden selbst leben Integration in unserer Stadt. Wahrscheinlich sind diese Menschen zu bescheiden und zu leise.

herr woidniok, ich hätte ein paar fragen

DR. JANA PINKA schreibt:

Beim Lesen der Äußerungen von Herrn Woidniok stockte mir der Atem. Er ist Mitglied einer Christlich-Demokratischen Partei und denkt gerade in der Vorweihnachtszeit laut darüber nach, syrische Geflüchtete - dabei redet er nicht von straffällig Gewordenen oder sogenannten Gefährdern - wieder dorthin abzuschieben, wo noch immer der zwar geschwächte IS, aber jetzt vor allem das Assad-Regime mit brutalster militärischer Gewalt wüten, wo Städte und Dörfer zerbombt,

- Wie vielen von Ihnen ist Herr Woidniok schon persönlich begegnet?
- Mit wie vielen hat er über ihr Schicksal bzw. über ihre Arbeit gesprochen?
- Wie hat er sich für die Integration bisher persönlich eingesetzt?
- Wie hat er versucht, die Schwierigkeiten, die es ganz klar gibt, mit aus dem Weg zu räumen?

Ich weiß es nicht, vielleicht kann er mir öffentlich antworten. Denn: „Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe.“

strukturelle schwerpunkte des kreisverbandes der linken im zukunftsplan

Die Vorsitzende des Kreisverbandes der mittelsächsischen LINKEN, **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, hat dem Kreisparteitag ein Diskussionspapier als mögliches Zukunftskonzept des Kreisverbandes der mittelsächsischen LINKEN vorgelegt. (Wir informierten in unseren Oktober- und November-Ausgaben). Im ersten Teil setzt sie die vier politischen Schwerpunkte Arbeitsmarkt und Altersarmut, dritte Generation Ost, Klein- und mittelständische Unternehmen sowie friedenspolitisches Profil. Der zweite Teil des Zukunftsplanes steht unter dem Gesichtspunkt der strukturellen Schwerpunktsetzung. Diesen dokumentieren wir im folgenden. (Hervorhebungen durch die Redaktion).

Unser Kreisverband Mittelsachsen verfügt über 17 Ortschaftsräte, 16 Kreistagsmandate, 93 Stadt- und Gemeinde-mandate und über einen hauptamtlichen Bürgermeister. Zudem haben wir noch fünf Anlaufstellen im Kreis einschließlich der Kreisgeschäftsstelle. Gegenwärtig haben wir noch 565 Genoss*innen im Kreisverband (Ende 2015 618 Mitglieder). Im 15-Jahres-Durchschnittsvergleich zum Landesverband liegt der Kreisverband mit -5,7% jährlichen Mitgliederschwund im generellen Trend in Sachsen (Landesverband Sachsen: -5,6%).

Die Ursache für den Mitgliederrückgang der letzten Jahre wird oft mit der hohen Anzahl an Verstorbenen in der Mitgliedschaft begründet. Aber auch Austritte und die Feststellung des Austrittes nach §3 Abs. 3 durch Nicht-Zahlung des Mitgliedsbeitrages sind als Einflussgrößen zu benennen. Für uns ergibt sich dabei, dass die Zahl der Eintritte bei Weitem nicht die Zahl der Austritte/Verstorbenen auffängt. Auch wenn wir, wie zuletzt nach der Bundestagswahl 2013, einen leichten Anstieg der Eintritte vorweisen können, bezieht sich dies überwiegend auf die städtischen Gebiete (bei uns waren es damals vier Eintritte von 120 landesweit). Ein Problem liegt in der Nachbearbeitung (Nachfragen, Rückholgespräche) bei Austritten. Gleichzeitig müssen wir in Wahlkampfzeiten gezielt die Eintrittsfrage stellen, da die Politisierung der Wähler*innen dann sehr hoch ist. Aber auch die **Ansprache neuer Mitglieder** - auch außerhalb von Wahlkämpfen - sowie Menschen durch aktive Ansprache in der Partei zu halten, fällt uns schwer. Die Zusammenarbeit mit Aktiven, gerade mit Nicht-Mitgliedern, nimmt nach den Wahlkämpfen meist ab, wodurch bei diesen der Eindruck entsteht, nur für Wahlkämpfe gebraucht zu werden.

Generell empfehlenswert ist die Stärkung einer Willkommenskultur im Kreisverband z. B. durch ein Kreisverbands-Infobatt. Mögliche Strategien und Herangehensweisen zur **Mitgliedergewinnung und -haltung** sollten in den kommenden zwei Jahren zentraler Ansatzpunkt

unserer Kreispolitik sein, wobei die Mitgliedergewinnung als ein Querschnittsthema zu betrachten ist. **Daher schlage ich ganz konkret eine*n Kreismitgliederbeauftragte*n vor**, welcher sich zum einen um die Neueintritte und die erste Kontaktaufnahme kümmert als auch um Austrittserklärungen und deren Nachbereitung.

2019 wird für uns ein intensives Jahr, weil wir neben den Kommunalwahlen auch wieder Landtags- und Europawahlen haben. Das Ziel des Kreisverbandes ist es bis dahin, durch aktive politische Auseinandersetzung im Landkreis Mittelsachsen möglichst viele Menschen für die Partei DIE LINKE zu aktivieren und zu begeistern. Dies geht nur, wenn wir solidarisch und geschlossen auftreten, mögliche Diskrepanzen klar formulieren und uns in den entsprechenden Gremien austauschen. Ein Vorschlag diesbezüglich ist eine **verbesserte Vernetzung der Mitglieder, die kommunale Mandatsträger sind**. Dies betrifft die Oberbürgermeister, die Stellvertreter und mögliche Beigeordnete, Schatzmeister usw. Über einen gezielten Austausch muss es uns möglich sein, zum einen uns gegenseitig zu organisieren und des weiteren nach außen als aktive Politiker*innen sichtbar zu werden.

Der zunehmende Rückgang von Strukturen führt auch dazu, dass wir immer mehr Aufgaben auf zu wenigen Schultern verteilen. Problematisch ist vor allem die **Kandidat*innensuche für kommunale Mandate**. Gelingt es uns gegenwärtig noch gut Kandidat*innen für den Kreistag zu finden, hatten wir bei den vergangenen Stadt- und Gemeindevahlen erhebliche Schwierigkeiten. In manchen Gemeinderäten waren wir über viele Jahre mit einem Mitglied vertreten nur ist es uns nicht gelungen, gezielt Nachfolger*innen aufzubauen. Dies ist nicht nur auf uns als Partei zurückzuführen, sondern finden sich auch strukturelle Probleme vor Ort, die die Menschen zum Abwandern veranlassen. Konkret schlage ich daher vor, über sogenannte 'offene Listen' bereits jetzt gezielt Menschen für den Gemeinde- oder Stadtrat anzusprechen. Dies kann allerdings nur durch den Kreisverband unterstützt

werden, die eigentliche Ansprache muss bereits jetzt in den Städten und Kommunen beginnen. Um diesem Anliegen zu unterstützen, wird eine kleine Broschüre erarbeitet, die im Allgemeinen über die Tätigkeit im Gemeinde- und Stadtrat informiert und über unsere linke Politik im Speziellen. Die **Kooperation zwischen Kreisverband und Kreistagsfraktion** muss intensiviert werden. Dazu soll es einen entsprechenden Austausch in den jeweiligen Gremien geben. Einzelne politische Themen, welche für uns von Bedeutung sind, müssen unter Einbeziehung unserer Landtagsabgeordneten abgestimmt und politisch bearbeitet werden. Dazu bietet der Kreistag als berufene Vertretung der Bürger*innen im Landkreis verschiedene Instrumente an. Auch durch die Unterstützung vom Landesverband, von der Landtagsfraktion und den Regionalmitarbeiter*innen sollten es uns möglich sein, gemeinsam einen

politischen Halbjahresplan vorzulegen, der uns ein abgestimmtes politisches Agieren ermöglicht. Die für den Kreisverband Mittelsachsen gesetzten thematischen Schwerpunkte

- Arbeitsmarkt und Altersarmut
- Dritte Generation Ost
- Klein- und mittelständische Unternehmen
- Friedenspolitisches Profils

beinhalten dabei neben der parlamentarischen Arbeit, vor allem die Wahrnehmung der Partei vor Ort durch bestimmte Aktionen und öffentliches Wirken. Um diese Aktivitäten sichtbar zu machen, benötigen wir zudem in der Kooperation mit Kreis-, Land- und Bundesebene bestimmte Veranstaltungsformate, die für die Bürger*innen einladend und von Interesse sind. Dies schließt letztendlich ein **Konzept der Öffentlichkeitsarbeit** ein.

kreisvorsitzende MARIKA TÄNDLER-WALENTA auf tour



Unser Foto zeigt die mittelsächsische Kreisvorsitzende der LINKEN, **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** während ihres Gastbeitrages auf dem Stadtparteitag in Chemnitz am 25. November. Dabei hat sie das Zukunftspapier von Mittelsachsen vorgestellt und für eine intensivere Zusammenarbeit geworben. Am 21. November war Marika war sie Gast des Ortsverbandes Waldheim und konnte mit **EYK FECHNER** gleich einen neuen Mitgliederbeauftragten für den Kreisverband gewinnen.



„Freie Presse“, Ausgabe Rochlitz vom 30.11.: Im Rahmen der Aktion „Leser helfen“ engagiert sich auch DIE LINKE aus Geringswalde. Ortsvorsitzender und Stadtrat Robert Sobolewski verkaufte auf dem Weihnachtsmarkt süße Leckereien für einen guten Zweck.

nach der wahl ist vor der wahl teil-2-

von unserem Leser **PETER PÖSCHMANN**, Döbeln

Der Kampf um die Verhinderung von Kriegen auf der ganzen Welt und die Beseitigung von Armut überall, das könnte die einigende Kraft einer Opposition aus SPD und LINKER im Bundestag sein. Die Schere zwischen Arm und Reich muss geschlossen werden!

Ganz allgemein müssen wir aufs Neue begreifen, was eine Partei ist, nämlich sie ergreift Partei für etwas und gegen etwas. Wir ergreifen Partei gegen das Finanzkapital und die Kriegstreiber, für das Volk. Das ist eine einfache Weisheit, sie ist einfach zu verstehen.

Die beiden grundsätzlichen Ziele des politischen Kampfes der Opposition, Frieden und soziale Gerechtigkeit, sind unangreifbar.

„Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alle nichts“. (W. Brandt)

Frieden

Wie könnte das in der praktischen Parteiarbeit aussehen:

- Ablehnung jeder kriegerischen Handlung der Bundeswehr im Ausland,
- Verzicht auf die Teilhabe an der atomaren Rüstung
- Verbot aller Kernwaffen
- Beseitigung des US - Stützpunktes in Rammstein, dem „Zielfernrohr“ der NATO für ihre Fernwaffen.

Soziale Gerechtigkeit

Langfristiges Ziel ist die Einführung eines „Bedingungslosen Grundeinkommens.“ (BGE) Diese komplexe soziale Maßnahme hat historischen Charakter, weil sie durch die Entwicklung der Produktivkräfte, (Mensch, Wissenschaft und Technik) objektiv notwendig wird. Die Industrie 4.0 wird zu einer massenweisen Umwandlung der Arbeitskräftestruktur führen und einen deutlich geringeren Arbeitskräftebedarf hervorbringen. Die ersten Anzeichen sind in der Automobilindustrie zu sehen, wo die Einführung des abgasfreien Autos vor der Tür steht und punktuell schon begonnen hat. Die zukünftige Gewinnerwartung des Kapitals ist in der „sinkenden Profitrate“ (Karl Marx) zu suchen, weil immer weniger menschliche Arbeitskraft zur Herstellung einer Ware benötigt wird.

Nun ist aber die menschliche Arbeitskraft die eigentliche Quelle des Profites gewesen, die nun objektiv weniger wird. Manche, auch bürgerliche, Ökonomen behaupten, dass das BGE das existenzielle Überleben der Kapitalistenklasse sichert.

Dieses Thema bedarf einer umfassenden Vorbereitung, weil das in seiner Bedeutung gleichzusetzen ist mit der Abschaffung der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der „Lohnsklaverei“ allgemein und damit in eine sozialistische Zukunft weist, von der Karl Marx sagt: „Wir wollen die bürgerliche Gesellschaft ersetzen durch eine Assoziation freier Bürger, in der die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller ist!“

Die SPD und die LINKE haben sich die Errichtung eines „Demokratischen Sozialismus“ zum Ziel gestellt.

Mit dem BGE könnte man einen solchen Ziel näherkommen, wie

- Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten,
- Beseitigung von Armut,
- Chancengleichheit in Bildung, Beruf und medizinischer Versorgung.

Mit einem Wort, die Losung der Großen Französischen Revolution: „Liberte, Egalite, Fraternite“ könnte nach über 200 Jahren erneut aufgegriffen und zum Inhalt der politischen Arbeit werden. In der Öffentlichkeitsarbeit müssen wir mehr Demokratie wagen, d. h. durch Volksentscheide o.ä. außerhalb der parlamentarische Praxis die Massen mobilisieren.

Nicht zuletzt ist weiterhin die Frage zu beantworten, ob das Grundgesetz von 1949 noch der politischen Realität entspricht, weil genau dieses Grundgesetz nach der Wiedervereinigung Deutschlands nach § 146 eine neue Verfassung in Aussicht gestellt hätte.

Anschließend schreibt PETER PÖSCHMANN: „Mit der AfD gibt es eine neue parlamentarische Kraft, die sich z. B. in Sachsen trotz eines massiven, antidemokratischen Störfeuers als stärkste Partei durchgesetzt hat. ... Sie ist mit uns in der Opposition und damit potentieller Verbündeter im Kampf gegen die herrschende Klasse. ...“
Eine Auffassung, der man sich nach Meinung der Redaktion als LINKER nicht anschließen kann.

unser blick geht zehn jahre zurück die „linksworte“ im dezember 2007

Vor mehr als zehn Jahren - Mitte Juni 2007 - vereinigten sich Linkspartei und WASG und gründeten eine neue Partei. In Sachsen waren parallel dazu die Weichen für eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ gestellt. Mit weitreichenden Konsequenzen für die Struktur der Landkreise und damit auch der Kreisverbände. In Mittelsachsen begann alles mit der Arbeit einer Koordinierungsgruppe (gebildete aus Genossinnen und Genossen der drei Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida sowie der WASG) ab November 2006. Diese Gruppe setzte ihre Arbeit bis Oktober 2007 - bis zur Gründung des neuen Regionalverbandes der Linkspartei - fort. In einer kleinen Serie lassen wir die aktuellen Entwicklungen vor zehn Jahren und ihre Widerspiegelung in den damaligen „LinksWorten“ Revue passieren. Heute zum Abschluss der Serie: die Dezember-Ausgabe des Jahres 2007.

Die Dezember-Ausgabe widmete sich vor allem zwei Themen:

- erstens der damals bevorstehenden Kreis- und Verwaltungsreform im Freistaat Sachsen mit Kreisgebietsneuordnungsgesetz und Verwaltungsneuordnungsgesetz sowie der von der Landtagsfraktion der

Regionalverbandes verständigte sich auf seiner Beratung im Dezember 2007 auf folgende beiden Schwerpunkte:

- die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Wahlen zu den neuen Kreistagen, der Landräte und in vielen Fällen der Bürger-

Die linke Zeitung für Döbeln, Freiberg, Mittweida www.linksworte.de

Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte

13. Dezember 2007 Nr. 4 (246) 1. (18.) Jahrgang

Frohe Weihnacht und ein gesundes neues Jahr !



Das Jahr 2007 neigt sich seinem Ende. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen so fleißigen Weihnachtsmann wie auf unserem Foto vom wunderschönen Augustsburger Weihnachtskalender der Nikolaus. Für das Jahr 2008 wünschen wir allen Gesundheit und der LINKEN Erfolg, besonders hier im mittleren Sachsen.

Die Titelthemen dieser Ausgabe

- Ortsverbände stellen sich vor Heute: Eintrag (Landkreis Döbeln) und Rochlitz (Landkreis Mittweida)
- Im Blickpunkt: Die Kreis- und Verwaltungsreform Wo steht dabei die Landtagsfraktion der LINKEN?
- Wie weiter in unserer inhaltlichen Arbeit? Was wird aus dem politischen „Leitthema“?

LINKEN dazu gemachten Änderungsvorschläge

- zweitens einer kritischen Wertung der begonnenen Programmdiskussion im neuen Regionalverband Döbeln, Freiberg, Mittweida, gegründet am 27. Oktober 2007.

Der neu gewählte Vorstand des Re-

meister am 08. Juni 2008.

- die Beratung der einheitlichen Finanzplanung für 2008 einschließlich der damit verbundenen Entscheidungen zur Organisation der Arbeit im Regionalverband, was u.a. Geschäftsstellen, Internet, Zeitung und nicht zuletzt das elektronische Mitgliederprogramm betraf.

was ist und was will die „neue rechte“

VON ACHIM GRUNKE

Die ursprünglichen Wurzeln der „Neuen Rechten“ liegen in Frankreich, wo sich mit GRECE (Groupement de Recherche et d'Etudes pour la Civilisation Européenne/Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) 1967/68 eine erste Struktur der so genannten Nouvelle Droite (Neue Rechte) bildete, nachdem in Frankreich die „Alte Rechte“ gescheitert war. Daran orientiert, entstand auch in der alten Bundesrepublik die Neue Rechte als geistig-politische Strömung in den 1970er Jahren in Abgrenzung zu der am Faschismus ausgerichteten „Alten Rechten“ (wofür etwa die NPD stand) und sah sich wie in Frankreich bewusst als Gegenkraft zur „Neuen Linken“ der Anti-Vietnamkriegs- und Studentenprotestbewegung der späten 1960er Jahre.

aktivitäten und personen

In den ersten Jahren beschränkte sich die Neue Rechte auf einzelne Aktivitäten und Personen, die noch wenig öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren. So verschwand auch die 1972 von der NPD abgespaltene „Aktion Neue Rechte“ bald wieder in der Bedeutungslosigkeit. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands entwickelte sich im Windschatten der nationalen Euphorie ein Netzwerk neurechter Vereine, Medien und Institutionen, womit es der „Neuen Rechten“ in der Folgezeit gelang, breiter in die Öffentlichkeit zu kommen. Insbesondere gehören dazu:

- die überregionale Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit Hauptsitz in Berlin, 1986 gegründet von Dieter Stein, bis heute deren Chefredakteur;
- das private „Institut für Staatspolitik“ mit Sitz im Rittergut Schnellroda (Sachsen-Anhalt), die „Denkfabrik“ der Neuen Rechten, im Mai 2000 gegründet von Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann (gilt als Vordenker der Neuen Rechten);
- der Verlag Antaios als „Hausverlag“ des „Instituts für Staatspolitik“, seit 2000 geleitet vom neurechten Publizisten und Politaktivisten Götz Kubitschek, der u.a. im April 2015 als Redner

bei Pegida in Dresden auftrat; die Zeitschrift „Sezession“, herausgegeben vom „Institut für Staatspolitik“, ebenfalls von Götz Kubitschek geleitet.

Wegen innerer Differenzen hat sich Weißmann aus dem „Institut für Staatspolitik“ und aus der Redaktion der Zeitschrift „Sezession“ verabschiedet. Weitere nennenswerte Aktivitäten aus dem neurechten Spektrum waren:



- das seit 2004 betriebene Internetportal „Politically Incorrect“, das sich in seiner Selbstdarstellung gegen eine befürchtete „Islamisierung“ Europas richtet und sich nach seinem Selbstverständnis als pro-amerikanisch und pro-israelisch sieht;
- das 2010 erschienene Buch von Thilo Sarrazin (Mitglied der SPD) „Deutschland schafft sich ab“, das er deutschlandweit in einer Vielzahl von Versammlungen vorstellte;
- das seit 2010 erscheinende Magazin „Compact“ (nicht zu verwechseln mit dem gesellschaftskritischen Netzwerk Campact!), Redaktionssitz Leipzig, mit Jürgen Elsässer als Chefredakteur, das sich seit 2015 als Sprachrohr der AfD betätigt;
- das in Chemnitz seit 2004 erscheinende Jugendmagazin „Blaue Narzisse“ mit Internetauftritt, dass sich an ein jüngeres Publikum richtet und mit niedrigschwelligen Angeboten einen Einstieg zu den zentralen Themen der Neuen Rechten bietet.

Mit der Gründung der AfD im Februar 2013 formierte sich eine vom Neonazismus formal abgrenzende Partei, die den vorhandenen geistigen Nährboden der Neuen Rechten nutzen konnte und auch zentrale Themen der Neuen Rechten in ihrer Politik vertritt.

themen und ziele

Unter Rückgriff auf Ideologiemuster der „Konservativen Revolution“ aus den 1920er Jahren, die zu

den geistigen Wegbereitern des Nazismus gehörten, ist die Neue Rechte bestrebt, eine vollständige Rückabwicklung der über die letzten Jahrzehnte entstandenen modernen, offenen Gesellschaft voranzutreiben. Es geht darum, die kulturelle Revolution, die in den entwickelten Ländern im späten 20. Jahrhundert stattgefunden hatte, wieder rückgängig zu machen: die veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft, ein neues Ehe- und Familienbild, Umgang mit Homosexualität, die Reform des Abtreibungsparagrafen und die Geburtenkontrolle u.a.m.

In seiner Kampfschrift „Gegen die Liberalen“ von 1988 erklärte der Chronist der „Konservativen Revolution“ Armin Mohler den Liberalismus zum „Feind Nr. 1“. Damit war nicht etwa die FDP gemeint, sondern die liberale, offene, demokratische Gesellschaft. Die Kulturelle Gegenrevolution der Neuen Rechten richtet sich „gegen die Werte der Aufklärung, gegen die Werte der Französischen Revolution. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – jeder dieser Gedanken, umso mehr, wenn er auf ganz Europa oder gar auf die Weltgesellschaft angewandt werden soll, ist den radikalen Rechtsdenkern zuwider.“

Von der universellen Geltung der Menschenrechte halten sie folglich auch nichts.“ (Bednarz/Giesa)

Mit der Forderung, endlich die Political Correctness (Politische Korrektheit) zu beenden, wird von der Neuen Rechten der Versuch unternommen, nationalistische, antiliberaler und antidemokratische Positionen wieder gesellschaftsfähig zu machen. Das Ringen um eine kulturelle Hegemonie für völkische Ideen wird zum Kampf um Meinungsfreiheit stilisiert. Nach dem Motto „Das wird man wohl noch sagen dürfen!“, sollen völkisch-nationalistische Ansichten legitimiert werden, denn schließlich habe man sich ja vom Nationalsozialismus distanzieret. In Anlehnung an die Ideenwelt von Carl Schmitt, dem „Kronjuristen des Dritten Reiches“ soll neben den Rechtsnormen der Verfassung eine Verfassungswirklichkeit bzw. politische Kultur etabliert werden, in der neurechte Gesellschaftsideale einen festen Platz finden sollen.

Gerade deshalb muss es zum Kern der Demokratie gehören, „die politischen und rechtlichen Grenzen des Sagbaren zu definieren, um ihren eigenen Bestand zu garantieren“ (Salzborn) und um eine demokratische politische Kultur zu ringen.

Eine zentrale Säule neurechter Ideologie ist der Ethnopluralismus: Die Völker werden als ethnisch und kulturell homogene Gemeinschaften angesehen, die separat voneinander leben, sich nicht vermischen sollen und vor Überfremdung geschützt werden müssen. Es wird davon ausgegangen, dass Menschen immer einem Volk mit einer bestimmten Kultur angehören und diese Kulturen grundverschieden sind. Die unterstellte Ungleichheit der Völker wird als naturgegeben angenommen, sie wird jetzt nicht mehr wie in der Naziideologie rassistisch, sondern ethnisch-kulturell begründet. Gleichwohl wird das als ein Versuch angesehen, „einen vermeintlich entbiologisierten Rassismus zu etablieren.“ (Bruns/Glösel/Strobl)

Damit verbunden wird versucht, die völkische Ideologie zu reaktivieren, die einst zu den geistigen Fundamenten der Naziideologie gehörte. Es wird davor gewarnt, dass die „Volkssubstanz“ durch Überfremdung gefährdet sei, ja

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand führte am 21. November im Bürgerbüro Döbeln seine planmäßige Sitzung durch. Es wurden folgende Schwerpunkte beraten:

- Es wurden die regionalen Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder für die Ortsverbände bzw. die thematische Sprecherbereiche der Vorstandsmitglieder festgelegt. In diesem Zusammenhang wurde darüber informiert, dass Genosse **EYK FECHTNER** künftig als Mitgliederbeauftragter des Kreisverbandes tätig sein wird.
- Der Kreisvorstand nahm eine abschließende Information über die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes entgegen und bestätigte den Finanzplan für 2018.
- Es wurde eine Auswertung des Landesparteitages vorgenommen. Bereits jetzt müsse die volle Aufmerksamkeit des Landesverbandes auf erfolgreiche Landtagswahlen im Jahr 2019 gerichtet werden. Für den Kreisverband steht die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im gleichen Jahr im Mittelpunkt. Dazu sind auf einem Kreisparteitag die Schwerpunkte zu setzen.
- Die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** informierte als Mitglied des Bundesvorstandes über eine am gleichen Tag durchgeführte Telefonkonferenz zur aktuellen politischen Lage. Bedauern wurde der Rücktritt des Bundesgeschäftsführers und -wahlleiters **MATTHIAS HÖHN** zur Kenntnis genommen.
- Es wurde die Perspektive des Bürgerbüros Rochlitz nach dem Ausscheiden **JÖRN WUNDERLICH'S** aus dem Bundestag besprochen. (Anmerkung der Redaktion: nach der Beratung gab es dazu eine für den Kreisverband sehr positive Lösung: Der Bundestagsabgeordnete **Michael Leutert** übernimmt und finanziert das Bürgerbüro künftig).

sogar die Gefahr des Aussterbens des deutschen Volkes bestehe (Sarrazin, Deutschland schafft sich ab). Den alten Nazibegriff von der „Volksgemeinschaft“ lässt man wieder aufleben, eine „Gemeinschaft“, aus der offensichtlich alle Menschen ausgeschlossen sind, die nicht zum ethnisch-kulturell definierten Volk gehören. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu Anfang 2017 festgestellt: „Dieses politische Konzept missachtet die Menschenwürde aller, die der ethnischen Volksgemeinschaft nicht angehören, und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar.“

Zum Projekt der kulturellen Gegenrevolution und dem erklärten Ziel der Schaffung einer „selbstbewussten Nation“ gehört auch die Umdeutung und Umschreibung der deutschen Geschichte, insbesondere der Zeit des Faschismus. Während Bundespräsident Weizsäcker 1985 in seiner Rede den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten geburtskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

im januar 2018 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

HERBERT ERLER	geb. am 02.01.1928,	in	Freiberg
RENATE WINKLER	geb. am 07.01.1936,	in	Mittweida
BERNHARD JÄNCHEN	geb. am 08.01.1935,	in	Burgstädt
CHRISTA ZIMMERMANN	geb. am 09.01.1931,	in	Waldheim
HELGA KLAUS	geb. am 14.01.1931,	in	Freiberg
INGEBURG MÜNCH	geb. am 14.01.1930,	in	Lichtenau
RICHARD BOCHMANN	geb. am 16.01.1934,	in	Mulda
ELKE HÄNDLER	geb. am 16.01.1948,	in	Waldheim
ANNA MATTHES	geb. am 18.01.1919,	in	Waldheim
UWE STRAUSS	geb. am 18.01.1958,	in	Flöha
HANS-HOLGER ZIMMER	geb. am 19.01.1953,	in	Waldheim
BERND SCHNEIDER	geb. am 20.01.1948,	in	Brand-Erbisdorf
MARIANNE FICHTNER	geb. am 21.01.1929,	in	Rochlitz
MARIANNE MÖLLER	geb. am 21.01.1936,	in	Waldheim
KARL-HEINZ MEINIG	geb. am 22.01.1948,	in	Freiberg
HANS-GERD KARBE	geb. am 23.01.1937,	in	Döbeln
HEINRICH SCHUBERT	geb. am 23.01.1926,	in	Freiberg
DIETER AHLBRECHT	geb. am 25.01.1932,	in	Freiberg
KARL HEINRICH	geb. am 25.01.1930,	in	Freiberg
DIETER KAMPRAD	geb. am 25.01.1958,	in	Hainichen
EDITH MEHNERT	geb. am 28.01.1927,	in	Hainichen
MANFRED NITZSCHE	geb. am 30.01.1953,	in	Hartha
KARLA BÖHME	geb. am 30.01.1938,	in	Freiberg
EVA JAHN	geb. am 30.01.1938,	in	Oederan
KLAUS BUHRIG	geb. am 31.01.1943,	in	Claußnitz
GERHARD VOIGTMANN	geb. am 31.01.1927,	in	Augustusburg



bezeichnete, erschien zehn Jahre später im April 1995 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Aufruf neurechter Intellektueller mit der Intension, die Deutschen zu Opfern umzudeuten und die Verantwortung für den Faschismus klein zu reden. Seither sind die Neuen Rechten weiter bestrebt, „den Nationalsozialismus... zu bagatellisieren, sein in Begriffen geronnenes Weltbild zu verharmlosen...“, dann eröffnet sich damit die Möglichkeit, eben jene Begriffe in der Gegenwart zu verwenden und mit ihm verbundene Konzepte wie das der völkisch-repressiven ‚Volksgemeinschaft‘ zunächst wieder verbal zu reanimieren, um es dann auch umsetzen zu können.“ (Salzborn)

das konservative schützen

Liane Bednarz, eine bekennende Konservative, die sich in Publikationen mit der Neuen Rechten auseinandergesetzt hat, ruft dazu auf: „Das Konservative muss vor den Rechten geschützt werden. Die Neue Rechte beansprucht das

Konservative für sich, um bei den Bürgern zu punkten. Die wahren Konservativen dürfen ihnen nicht das Spielfeld überlassen, sondern müssen ihre Geisteshaltung retten.“

Weiterführende Literatur:

- Liane Bednarz/Christoph Giesa: Gefährliche Bürger. Die Neue Rechte greift nach der Mitte, Hanser Verlag 2015.
- Bruns/Glösel/Strobl: Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?, VSA Verlag Hamburg 2015.
- Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Klett-Cotta 2017.
- Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Beltz Juventa 2017.

terminübersicht

dezember 2017

- 11.12. 19 Uhr **Sitzung des Kreisvorstandes**
Freiberg, Kreisgeschäftsstelle,
Lange Straße 34
- 13.12. 17 Uhr Besuch des Landtages auf Einladung von
ANTJE FEIKS und **JANA PINKA**

januar 2018

- 14.01. 09:30 Uhr Luxemburg-Liebknecht-Ehrung
Berlin-Friedrichsfelde
- 17.01. 18:00 Uhr **Sitzung des Kreisvorstandes**
Freiberg, Kreisgeschäftsstelle,
Lange Straße 34



mit JANA PINKA GEMEINSAM ins theater

Anfang September hatte ich die Idee, kulturinteressierten Menschen, die sich in einer prekären Lebenssituation befinden, einen kostenlosen Theater- bzw. Konzertbesuch zu ermöglichen. Insgesamt werden bis zum 20. Dezember mehr als 80 Interessenten dieses Angebot genutzt haben. Dabei waren die jüngsten Gäste fünf Jahre und die ältesten bereits im fortgeschrittenen Rentenalter. Die Vorstellung „Der Kredit“ am 8. Dezember nahm ich zum Anlass, um ein Resümee dieser besonderen und erstmaligen Aktion zu ziehen: Ich wollte zum Einen und hauptsächlich erreichen, dass sozial benachteiligte Menschen in den Genuss eines Theaterbesuchs kommen. Für mich war es andererseits aber auch sehr wichtig, das Motto der diesjährigen Spielzeit `GEMEINSAM` wörtlich zu nehmen. Deshalb habe ich - bis auf zwei Ausnahmen - GEMEINSAM mit den Gästen die Vorstellungen besucht und dabei sehr aufgeschlossene Menschen kennenlernen dürfen. Da sich die Interessenten persönlich bzw. telefonisch bei uns im Bürgerbüro angemeldet haben, konnte sich meine Mitarbeiterin **KERSTIN UFER** häufig sehr intensiv mit Ihnen unterhalten. Sie sprachen mit ihr über die unterschiedlichsten Lebenssituationen, über ihre Schicksale, Probleme, Bedürfnisse und Wünsche. Es entstanden sogar weitere und bleibende Kontakte. Als besonders positiv haben wir es empfunden, dass Menschen verschiedener Nationalitäten GEMEINSAM in den Genuss der Aktion kommen konnten. So erlebten beispielsweise auch einige Flüchtlinge das Sinfoniekonzert und die „9 blauen Nächte“ im November. Und sie waren genauso begeistert, wie die deutschen Freikarten-Gäste.“



Zur Festveranstaltung anlässlich der Verleihung des „Sächsischen Integrationspreises“ kam es zu einem Treffen der „Mitlaufgelegenheit Freiberg“ (hier nehmen viele sportbegeisterte in der Bergstadt lebende Flüchtlinge teil) mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, **RICO GEBHARDT**, MdL Dr. **JANA PINKA**, Integrationsministerin **PETRA KÖPPING**, Landtagspräsident **DR. MATTHIAS RÖSSLER** und dem Sächsischen Ausländerbeauftragten **GEERT MACKENROTH**. Foto: Landtag

KARL MARX – SPEZIAL

Karl Marx mit Mehrwert:
Beachten Sie unser **Marx-Spezialpaket**
DVD und Büste: 17,99 €
Blue-Ray und Büste: 19,99 €
zzgl. 2,50 € Versandgebühr.

DER JUNGE KARL MARX

LICKY KEENE AUGUST DINI STEFAN NIEMERZ

FSK 6

Spielzeit 113 Minuten
Büste: Höhe 13 cm

Jetzt bestellen:
nd-shop, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel. (030) 29 78-16 54, shop@nd-online.de
www.nd-shop.de

neues deutschland **nd**
SÖZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Liebe Leserinnen und Leser,

und wieder geht ein Jahr zu Ende. Der Kreisvorstand der LINKEN und unsee Redaktionskollektiv wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein gesundes und glückliches Jahr 2018. Möge es ein erfolgreiches Jahr für die LINKEN werden! Wir bedanken uns bei allen, die durch ihre Spende für unsere „Linksworte“ das Erscheinen auch in Zukunft sichern.